

Änderungsantrag Nr.

T030

Beantragt von

Miriam

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Einschränkung Bürgerrechte, Recht auf Leben, körperliche
Unversehrtheit, Einschränkung der Freiheit

Schlagworte Contra

Bündnispflicht, Sicherung der Verteidigung

Beantragte Änderungen

Das Partei- und Wahlprogramm soll durch folgenden Text ergänzt werden:

Die Wehrpflicht und der Zivildienst soll nach folgendem
Stufenprogramm abgeschafft werden:

1a. Abschaffung des Wehrdienstgesetzes und des Zivildienstgesetzes

Die Änderung des Grundgesetzes ist für die Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes nicht umgehend erforderlich, Lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, kann die von der Verfassung geforderte militärische Landesverteidigung sowohl auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, aber auch wenn die Funktionsfähigkeit der Landesverteidigung gewährleistet ist, diese könnte durch eine Freiwilligenarmee erfolgen kann. (2 BvF 1/77 u.a., Urteil vom 13.04.1978).

Mittelfristig sollte § 12a des Grundgesetzes so umgestaltet werden, dass eine neue Wehrpflicht nur noch für den Verteidigungsfall, jedoch nicht für die anderen Bestandteile der Notstandsverfassung, wie Ausnahmezustand, Spannungsfall und Katastrophenfall gilt.

zeitgleich:

1b. Umwandlung der Wehrpflichtigenarmee in eine Freiwilligenarmee

Ohne jegliche gesetzliche Änderung kann seitens des Verteidigungsministeriums die Anzahl der einberufenen Wehrpflichtigen eingeschränkt bzw. auf ein Minimum begrenzt werden. Der Dienst in der Freiwilligenarmee sollte weiterhin in stark gestaffelten Zeiten geleistet werden können, angefangen von Dienstzeiten von 2 bis 5 Jahren bis zur Verpflichtung von 15 Jahren und mehr. Durch die Mischung der Freiwilligen mit unterschiedlicher Dienstdauer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich feste Strukturen als Staat im Staat bilden geringer. Durch den fortlaufenden Wechsel kann sowohl die soziale als auch die technische Kompetenz erhöht werden. Weiterhin sollten Befehlsgewalten möglichst routierend vergeben werden, um auch hier die Bildung von Strukturen zu verhindern.

NEU: Der Einsatz der Bundeswehr sowie der späteren Freiwilligenarmee

bei Auslandseinsätzen, die im Rahmen von Bündnispflichten Und/oder im Auftrag der UNO erfolgen, ist auf die Herstellung und Verbesserung der Infrastruktur, die Herstellung und Verbesserung der medizinischen Versorgung der einheimischen Bevölkerung sowie der Ausbildung von einheimischen Sicherheitskräften bei Beachtung der Gedanken der Durchsetzung der Demokratie, zum Schutz von Einrichtungen und der einheimischen Bevölkerung beschränken. Ein Kampfeinsatz oder die Beteiligung an einem Angriffskrieg sind kategorisch auszuschließen.

2. Einführung eines temporär begrenzten Freiwilligen Dienstes ohne Altersbeschränkung und Geschlechtsspezifikation

Das Ziel der Einführung der Freiwilligen Dienste sollte in erster Linie die Fortführung des eigenen Interesses für den betreffenden Bereich sein, unabhängig, ob diese Naturschutz, Umweltschutz, Landschaftspflege oder sozialen Diensten betreffen. Engagierte Bürger setzen Aufgaben besser um, als dies es innerhalb von Zwangsdiensten erfolgt. Jeder, der volljährig ist und gesundheitlich geeignet, sollte diesen Freiwilligen Dienst absolvieren können, entweder aus eigenem Engagement heraus oder auch als Aufbau für eine spätere Beschäftigung im betreffenden Bereich.

Ergänzend hierzu sollte das Gesellschaftliche Engagement jedes einzelnen Bürgers durch die Ausführung von ehrenamtlichen Tätigkeiten gefördert und mehr anerkannt werden. Das Bewusstsein der Gesellschaft ist zu wecken, dass nur sie selbst etwas ändern kann und jede einzelne Aktivität dabei zählt.

3. Umstrukturierung der Einsatzbereiche des Zivildienstes - Schaffung von attraktiven Berufsbildern

Die Bereiche in den bisher der Zivildienst tätig war sind nicht auf die Zivildienstleistenden angewiesen, wenn Berufsbilder geschaffen werden, die den beruflichen Einsatz in diesen Bereichen attraktiver werden lassen. Die Hemmschwelle, diese Bereiche mit der eigenen Arbeitskraft zu besetzen, sollte durch abgestufte Qualifikation und bessere Vergütung der Berufsbilder überwunden werden.

Begründung

Der Verteidigung der Bürgerrechte und die stärkere Beachtung der Grundrechte ist Ziel der Piratenpartei Deutschland. Gemäß dem Grundgesetz Artikel 2, Absatz 2 hat jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich, in diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

In diese Freiheit wird mit der Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes eingegriffen, der 1968 dem Grundgesetz zugefügt wurde. Das Wehrpflichtgesetz und das Zivildienstgesetz schränken neben der persönlichen Freiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf Unverletzlichkeit der

Wohnung ein. Diese Einschränkungen der Bürgerrechte sind angemessen an der heutigen Situation Deutschlands nicht mehr tragbar. Es besteht weder eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die Wehrpflicht, noch besteht Wehrgerechtigkeit, nur ein Bruchteil der Wehrpflichtigen erhält heute eine Einberufungsbescheid.

Durch das Zivildienstgesetz für Kriegsdienstverweigerung gilt ebenfalls die Verletzung der Bürgerrechte aufgrund der Einforderung dieser Pflicht und der damit verbundenen Einschränkungen in die Freiheit des einzelnen Bürgers.. Während Wehrpflichtige nur noch zu einem geringen Prozentsatz einberufen werden, werden Kriegsdienstverweigerer, für die das Zivildienstgesetz gilt, abgesehen von Ausnahmeregelungen, komplett einberufen. Dies stellt zusätzlich eine Ungleichbehandlung dar und widerspricht somit dem Grundgesetz, insbesondere Art. 3. Abs. 3. Der Einsatz der Zivildienstleistenden erfolgt nicht - wie gesetzlich vorgeschrieben - arbeitsmarktunabhängig. In der Praxis ersetzen Zivildienstleistende Personalstellen, gerade im sozialen Bereich, aber auch in den Bereichen des Umweltschutzes und Naturschutzes.